

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 20. Januar 2021

Homeoffice entlastet die Polizei – GdP fordert Digitalisierungsschub im Landespolizeipräsidium



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, unterstützt das Ansinnen der Bundesregierung sowie der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Corona-Pandemie weitestgehend und größtmöglich die Inanspruchnahme eines mobilen Arbeitsplatzes anzubieten. Das Landespolizeipräsidium bietet den saarländischen Polizeibeschäftigten bereits wohlwollend und unbürokratisch diese Inanspruchnahme an. Allerdings scheitert die Ausweitung von Homeoffice nach Ansicht der GdP zumeist an fehlender Hardware. Die GdP fordert daher von der saarländischen Politik einen bedingungslosen Digitalisierungsschub im Landespolizeipräsidium.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Jordana Becker, hierzu: „Die Ausweitung von Homeoffice schützt meine Kolleginnen und Kollegen vor einer Infektion und sorgt für Entlastung in der saarländischen Polizei. Mit neuer Hardware und sicheren Internetverbindungen könnten darüber hinaus gerade auch die weiblichen Polizeibeschäftigten, die sich zurzeit aufgrund von Kinderbetreuung in Teilzeit befinden, ihren Dienst von zu Hause verrichten. Hierdurch würden zusätzliche Personalressourcen generiert und die von der GdP geforderte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gestärkt werden. Als zweifache Mutter, die derzeit in Elternzeit Teilzeit über Homeoffice leistet, weiß ich, wovon ich rede. Bei der Beschaffung der benötigten und geforderten Hardware muss jetzt mehr als eine Schippe draufgelegt werden!“

Die GdP wird den geforderten Digitalisierungsschub bereits diese Woche mit der Leitung des Landespolizeipräsidioms besprechen. Weitere Termine in der Sache sind mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport sowie den beiden Regierungsfractionen der CDU und SPD angesetzt.